Verfassungsänderung in Dänemark

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **9 (1953)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845889

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

der eindeutige Wunsch einer überwältigenden Mehrheit missachtet werden kann, dann wird es vielleicht Eindruck machen, wenn Frauen durch die Strassen Genfs ziehen und die Rechte verlangen, die ihnen in der Demokratie zustehen. Es wird den Stimmbürger zum Nachdenken zwingen, wenn unsere Frauen und Mädchen sich nicht mehr zum FHD melden, sich nicht mehr zur Verfügung stellen, wenn der Staat sie ruft, und die Bezahlung ihrer Steuern verweigern". NZZ. 15.6. 53

Auch der **Frauenstimmrechtsverein Zürich** und **„Die Staatsbürgerin"** unterstützen den Protest der Genferfrauen und versichern sie der vollen Solidarität in ihrem weitern Kampf.

Die Frauenstimmrechtsinitiative im Kanton Bern

Die Unterschriftensammlung für die bernische Volksinitiative zur Einführung des Frauenstimmrechts in den Gemeinden verzeichnet einen vollen Erfolg. Die Zahl der Unterschriften hat bereits 30 000 überschritten, wogegen für das Zustandekommen lediglich 12 000 Unterschriften nötig sind. Das Initiativkomitee beabsichtigt, die beglaubigten Unterschriftenbogen anfangs Juli dem Regierungsrat zu überreichen. 10. VI. 53.

Die bernische Petition vom 16. Mai 1945, wonach die Einwohnergemeinden ermächtigt werden sollten zur Einführung des Frauenstimmrechts in ihrem Gebiet, hatte 50 118 Unterschriften getragen (38 263 Frauen und 11 855 Männer).

Ablehnung des kirchlichen Frauenstimmrechts in Murten

Die reformierten Stimmberechtigten der Kirchgemeinde Murten, die auch elf Dörfer umfasst, hatten über die Einführung des Stimmrechts der Frauen in kirchlichen Angelegenheiten zu befinden, welche durch eine Eingabe von 180 Frauen verlangt worden war. Von den 1457 reformierten Stimmbürgern haben 122 mit Ja, 178 mit Nein gestimmt; zwei Zettel wurden leer eingelegt. Das Begehren wurde somit verworfen.

Verfassungsänderung in Dänemark

Die neue dänische Verfassung wurde vom dänischen Volk in der Volksabstimmung gutgeheissen. Auf Grund der neuen Verfassung erhält die 13jährige Tochter des Königs, Prinzessin Margaret, die Rechte der Thronfolgerin. Die zweite Parlamentskammer — Landsting — wird abgeschafft. Das Wahlalter der stimmberechtigten Bürger und Bürgerinnen wird von 25 auf 23 Jahre herabgesetzt.